

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Exportboom treibt Konjunktur

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1997) : Bundesrepublik Deutschland: Exportboom treibt Konjunktur, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 264-294

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1727>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Exportboom treibt Konjunktur

Von **Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Enno Langfeldt,
Klaus-Werner Schatz und Joachim Scheide**

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland hat im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1997 an Fahrt gewonnen; im zweiten Quartal lag der auf Jahresrate hochgerechnete Zuwachs gegenüber dem Vorquartal bei 4 vH, nach reichlich 1 vH im ersten Quartal (Schaubild 1).¹ Die Belebung der Konjunktur, die im Frühjahr 1996 erneut eingesetzt hatte, hat bislang noch nicht zu einer Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Zahl der Beschäftigten ging weiter zurück – wenn auch zuletzt langsamer als zuvor –, und die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich. Der Preisauftrieb hat sich zur Jahresmitte etwas beschleunigt, im August waren die Konsumentenpreise um 2,1 vH höher als ein Jahr zuvor.

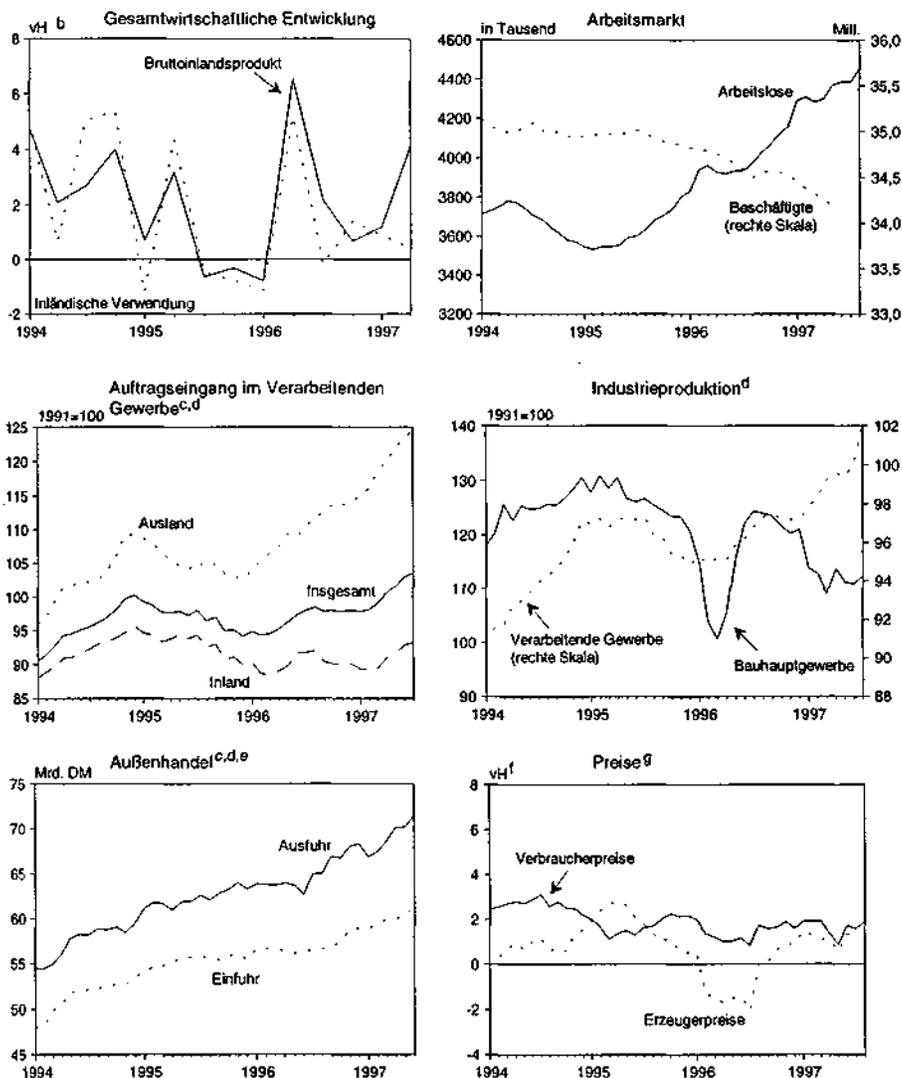
Die Konjunkturbelebung wurde bislang von den rasch zunehmenden Exporten getragen; die Binnennachfrage expandierte dagegen in nur sehr verhaltenem Tempo. Der überaus kräftige Anstieg der Exporte – die Lieferungen von Waren und Diensten in das Ausland waren im zweiten Quartal dieses Jahres fast 14 vH höher als ein Jahr zuvor – spiegelt sowohl die Belebung der Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern als auch die deutlich verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter wider. So zahlen sich nunmehr die ausgeprägten Rationalisierungsanstrengungen aus, die die Unternehmen in den letzten Jahren durchgeführt haben. Hinzu kommt der gegenwärtig nur geringe Anstieg der Lohnkosten. Vor allem aber hat die D-Mark gegenüber wichtigen Währungen – insbesondere Dollar, Pfund Sterling und Yen – spürbar an Wert verloren. Bis August hat sich der mit Außenhandelsanteilen gewichtete reale Außenwert der D-Mark gegenüber seinem Niveau beim zuletzt erreichten Höchststand im März 1995 um reichlich 11 vH verringert; davon entfallen allein rund 3 Prozentpunkte auf den Zeitraum seit April dieses Jahres. In der Vergangenheit haben sich Wechselkursänderungen in vollem Umfang zumeist erst nach etwa drei Quartalen in den Exporten niedergeschlagen; es ist allein von daher bis in das nächste Jahr hinein noch mit einer ausgesprochen lebhaften Ausweitung der Ausfuhr zu rechnen.

Rasch steigende Kapazitätsauslastung in der Industrie – Risiko für den Fortgang des Aufschwungs?

Die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Wirtschaftsbereichen weist derzeit ausgeprägte Unterschiede auf. Angeregt durch den Nachfrageschub aus dem

¹ Wegen der stark differierenden Zahl von Arbeitstagen und der Probleme bei einer adäquaten Berücksichtigung der daraus resultierenden Produktionseffekte ist eine präzise Aussage über das konjunkturelle Profil im Verlauf des ersten Halbjahres unsicherer als üblich.

Schaubild 1 – Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland



^a Saisonbereinigt. - ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vH. - ^c Real. - ^d Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet. - ^g Jahresraten aufgrund von Sondereinflüssen beschränkt aussagefähig; Januar 1996: Wegfall der Strom-Ausgleichsabgabe (Kohlepfennig) in Westdeutschland.

Quelle: Deutsche Bundesbank (1997 c), Statistisches Bundesamt (1997 a).



Ausland ist vor allem die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe seit dem Frühjahr 1996 spürbar gestiegen. Sie hat in Westdeutschland zur Jahresmitte 1997 ein Niveau erreicht, das bereits merklich höher ist als im langjährigen Durchschnitt (Schaubild 2); für Ostdeutschland signalisieren Umfragen den höchsten Stand seit Beginn der Umfragen zur Mitte des Jahres 1990. Auch die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung hat zugenommen. Im Gegensatz zur Industrie sind in der Gesamtwirtschaft die Kapazitäten aber noch – wenn auch nur in geringem Maße – unterausgelastet. Für den Unterschied ist vor allem die rückläufige Bauproduktion maßgeblich.

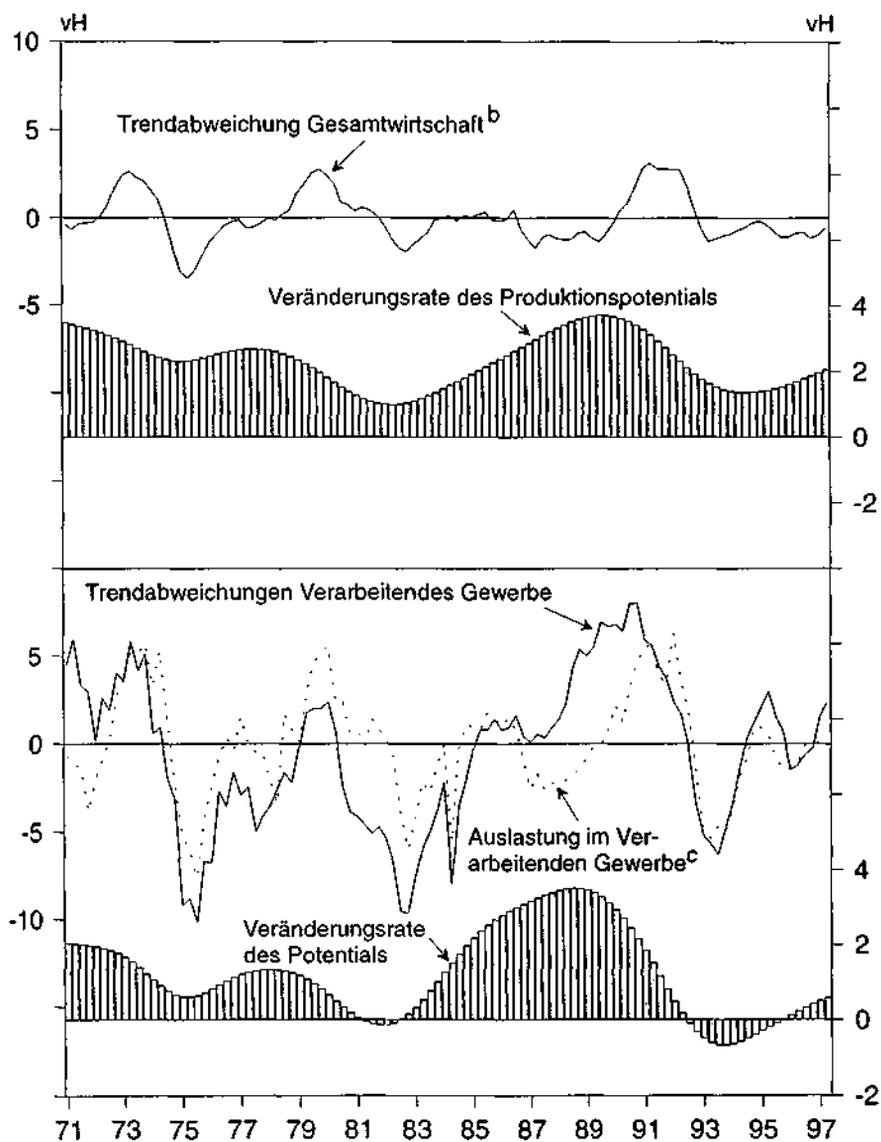
Indikatoren deuten darauf hin, daß sich im weiteren Verlauf dieses Jahres der Konjunkturaufschwung im Verarbeitenden Gewerbe noch verstärken wird. So sind im zweiten Quartal die Bestellungen außerordentlich kräftig gestiegen. Anders als in den Vorquartalen haben dabei nicht nur die Auftragseingänge aus dem Ausland, sondern auch die aus dem Inland deutlich zugenommen. Von der neuerlichen Abwertung der D-Mark nach der Jahresmitte dürften Nachfrage und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zusätzlich angeregt werden.

Bislang gibt es kaum Hinweise darauf, daß die Kapazitäten in der Industrie spürbar ausgeweitet werden; nach dem Urteil der Unternehmen bleibt 1997 der Anteil der Investitionen, der vor allem dem Ersatz bestehender Anlagen sowie der Durchführung von Prozeß- und Produktinnovationen dient, unverändert groß (DIHT 1996). Selbst wenn nunmehr angesichts kräftig steigender Gewinne und zunehmender Lieferfristen die Erweiterung der Kapazitäten allmählich wieder an Bedeutung gewinnt, vergeht erfahrungsgemäß einige Zeit, bis mit den neuen Anlagen die Produktion aufgenommen werden kann. Bei anhaltend rasch expandierender Nachfrage wird daher im Verlauf des nächsten Jahres die Kapazitätsauslastung in der Industrie nochmals merklich steigen und ein Niveau erreichen, wie es zuletzt im Jahr 1989 zu verzeichnen war, d. h. unmittelbar vor dem Vereinigungsboom.

Eine hohe Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ist häufig mit einer merklichen Beschleunigung des Preisauftriebs einhergegangen.² In der Vergangenheit hat die Bundesbank in einer solchen Situation oftmals ihre Leitzinsen kräftig angehoben. In der Folge kam es zu einer spürbaren Verlangsamung der Expansion oder sogar zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität. Eine hohe Kapazitätsauslastung muß jedoch nicht zwangsläufig zu mehr Inflation führen. So ist es in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren trotz anhaltend hoch ausgelasteter Sachkapazitäten nicht zu einer merklichen Beschleunigung des Preisauftriebs gekommen. Maßgeblich hat dazu beigetragen, daß von der Kostenseite im Verlauf des Aufschwungs kaum zusätzliche Belastungen auf die Unternehmen zugekommen sind. So hat sich wegen der hohen

² Berechnungen von Franz und Gordon (1993) weisen für den Zeitraum 1960–1990 einen engen positiven Zusammenhang zwischen Kapazitätsauslastung – gemessen durch den Ifo-Auslastungsgrad – und Preiserhöhungen im Unternehmensbereich – gemessen durch den Deflator der Wertschöpfung der privaten Unternehmen – aus. Dabei beschleunigt sich der Preisauftrieb, wenn bei der Kapazitätsauslastung der Wert 85,0 überschritten wird; im Juni 1997 lag der entsprechende Wert in Westdeutschland bereits bei 85,5.

Schaubild 2 – Produktionslücke^{a, b} und Veränderungsrate des Produktionspotentials in Westdeutschland



^a Abweichung vom Trend. - ^b Berechnet mit Hilfe eines Hodrick/Prescott-Filters. - ^c Berechnet mit Hilfe von Unternehmensbefragungen des ifo-Institutes.



Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt der Anstieg der Löhne bislang nur wenig verstärkt, obwohl die Arbeitslosenquote auf ein vergleichsweise niedriges Niveau gesunken ist. In jüngster Zeit verbilligte zudem der steigende Außenwert des Dollar importierte Güter. Von Bedeutung ist aber auch gewesen, daß die Unternehmen durch eine außerordentlich kräftige Ausweitung ihrer Investitionen kapazitätsbedingten Engpässen entgegengewirkt haben, die einer fortgesetzt zügigen Ausweitung der Produktion im Wege standen.

Auch in Deutschland gibt es gute Chancen, daß trotz deutlich steigender Kapazitätsauslastung in der Industrie das Tempo des Preisauftriebs in diesem und im kommenden Jahr vergleichsweise niedrig bleibt. Zwar erhöhen derzeit kräftig steigende Importpreise die Kosten der Unternehmen. Die Ursache dafür liegt vor allem in der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar. Wir erwarten, daß sich der D-Mark/Dollar-Kurs ausgehend von jetzt rund 1,80 DM nur noch leicht erhöht. Vor allem aber bleibt die Kostenentwicklung im Inland günstig; so werden die Lohnstückkosten bei niedrigen Tariflohnhebungen und kräftigen Produktivitätszuwächsen weiter zurückgehen. Hinzu kommt, daß außerhalb der Industrie die Kapazitäten derzeit noch leicht unterausgelastet sind. Außerdem liegt trotz der geldpolitischen Lockerung in den letzten beiden Jahren kein Liquiditätsüberhang vor. Gelänge es der Bundesbank, die Geldmenge M3 von nun an auf potentialorientiertem Kurs zu halten, dann wäre auch über das Jahr 1998 hinaus eine Fortsetzung des Aufschwungs ohne eine nachhaltige Beschleunigung des Preisauftriebs möglich. Eine solche Geldpolitik, die vermutlich eine merkliche Anhebung der Zinsen im Verlauf von 1998 erfordern würde, stellte keine Gefahr für die Fortsetzung des Aufschwungs dar, sie schüfe vielmehr die Voraussetzung für eine längere Phase der wirtschaftlichen Erholung. Die Zinsanhebungen von seiten der Bundesbank im kommenden Jahr müßten wohl weniger stark ausfallen als die entsprechenden Zinsschritte, die die amerikanische Notenbank im Jahr 1994 durchgeführt hat. Sie hob damals die Zinsen um rund 3 Prozentpunkte an. Zuvor hatte sie freilich eine ausgesprochen expansive Geldpolitik betrieben und so einen beträchtlichen Liquiditätsüberhang geschaffen. Ein solcher Überhang besteht derzeit in Deutschland nicht. Wichtig für die wirtschaftliche Expansion ist zudem, daß durch eine umfassende Reform der Einkommenbesteuerung die Steuersätze deutlich verringert und gleichzeitig die Steuerbasis durch den Abbau vielfältiger Ausnahmetatbestände verbreitert wird. Eine solche Maßnahme bedeutet eine verbesserte Allokation der Produktionsfaktoren, die Anreize zum Arbeiten und zum Investieren würden weniger verzerrt. Eine solche Geld- und Finanzpolitik würde verhindern, daß bereits in nächster Zeit Kapazitätsengpässe in der Industrie einer anhaltend zügigen Ausweitung der Produktion entgegenstehen.

Trotz vorsichtiger Kurskorrektur – Geldpolitik bleibt expansiv

Das Zinsniveau am Geldmarkt ist nunmehr bereits seit rund einem Jahr weitgehend stabil. Nach der Ermäßigung des Wertpapierpensionssatzes von 3,3 auf 3,0% im August vergangenen Jahres hat die Bundesbank bislang keine Veranlassung gesehen, ihre Leitzinsen zu erhöhen. Neben dem ruhigen Preisklima hat

dazu sicher auch die günstige Entwicklung der langfristigen Zinsen beigetragen; die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere ermäßigte sich von knapp 6% zur Mitte des vergangenen Jahres auf gegenwärtig rund 5%. In der Folge hat sich die Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen auf knapp 2 Prozentpunkte verringert; sie ist damit jedoch weiterhin deutlich größer als im längerfristigen Durchschnitt (knapp 1 Prozentpunkt). Dies läßt erwarten, daß von der Geldpolitik auch weiterhin anregende Wirkungen auf die Binnennachfrage ausgehen. Dafür spricht auch die im ersten Halbjahr kräftige Zunahme der Geldmengenaggregate. So expandierte die Geldmenge M1 von Januar bis Juli mit einer laufenden Jahresrate von rund 8 vH unverändert rasch. Dagegen hat sich in den letzten Monaten das Tempo der Ausweitung der weiter gefaßten Geldmenge M3 spürbar verlangsamt; so betrug im Juli der auf Jahresrate hochgerechnete Zuwachs gegenüber dem vierten Quartal 1996 nur noch 5,7 vH.

Die Deutsche Bundesbank (1997a: 22) hat bei der turnusmäßigen Überprüfung des Geldmengenziels zur Jahresmitte bekräftigt, daß sie aus stabilitätspolitischen Erwägungen eine Ausweitung der Geldmenge M3 in der Mitte des Zielkorridors von 3,5 bis 6,5 vH für angezeigt hält. Gegenwärtig bewegt sich die Expansion der Geldmenge M3 in der Nähe des angestrebten Zielpfades; eine Erhöhung der Leitzinsen noch im Verlauf des laufenden Jahres ist aus diesem Grund nicht wahrscheinlich. Angesichts des in den letzten Jahren kurzfristig sehr un stetigen Verlaufs der Geldmenge M3 mißt die Notenbank bei ihren zinspolitischen Entscheidungen daneben der Entwicklung der Preise, der Wechselkurse und der Konjunktur eine große Bedeutung bei. Auch von dieser Seite spricht derzeit wenig für eine Leitzinserhöhung. Zwar hat in den Sommermonaten die abermalige Abwertung der D-Mark insbesondere gegenüber dem US-Dollar zu einer Beschleunigung des Anstiegs der Konsumentenpreise beigetragen. Mit rund 2 vH bewegt sich der jährliche Preisanstieg jedoch noch in einem Bereich, den die Bundesbank auch mittelfristig für vertretbar hält. Die D-Mark war nach Einschätzung der Notenbank gegenüber dem Dollar in den letzten Jahren überbewertet; ein Wechselkurs von rund DM 1,80, wie er derzeit zu beobachten ist, steht in etwa im Einklang mit der Kaufkraftparität. Gleichzeitig hat sich die Konjunktur trotz der merklichen Belebung im Verarbeitenden Gewerbe aus der Sicht der Bundesbank noch nicht ausreichend gefestigt, zumal am Arbeitsmarkt bislang keine Besserung eingetreten ist.

Im nächsten Jahr werden sich die Bedingungen für die Geldpolitik nachhaltig verändern. So wird der konjunkturelle Aufschwung im Inland an Breite gewinnen, und auch auf dem Arbeitsmarkt werden Besserungstendenzen sichtbar sein. Auch wird sich dann wohl die gegenwärtig moderate Zunahme der Geldmenge M3 wieder deutlich beschleunigen. Mit der von uns erwarteten Belebung der Binnennachfrage erhöht sich erfahrungsgemäß die Kreditaufnahme der Privaten wieder stärker. Zinserhöhungserwartungen an den Kapitalmärkten – wir rechnen bis Ende 1998 wegen der weltweiten Konjunkturbelebung sowie der Erwartung höherer Preissteigerungsraten im Jahr 1999 mit einem Anstieg der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere um etwa 0,75 Prozentpunkte – geben zudem Anreize, wegen der dann auf den Kapitalmärkten drohenden Kursverluste in der Geldmenge M3 enthaltene kursrisikolose Anlageformen

wieder stärker zu bevorzugen. Wir erwarten, daß die Bundesbank ihre Leitzinsen zu Beginn des kommenden Jahres um 0,25 Prozentpunkte erhöht. Für diese Maßnahmen wird die Wechselkursentwicklung von Bedeutung sein; die D-Mark und die anderen EWS-Währungen dürften nämlich im Vorfeld der Entscheidung über den planmäßigen Beginn der Währungsunion und die Teilnehmerländer gegenüber dem Dollar erneut unter Abwertungsdruck geraten. Für den restlichen Verlauf des Jahres 1998 rechnen wir trotz der fortgesetzten konjunkturellen Belegung mit keiner weiteren Zinserhöhung. Nach der Anfang Mai nächsten Jahres erfolgenden Festlegung der Teilnehmerländer an der EWU und des Modus zur Bestimmung der Umtauschkurse wird die Bundesbank faktisch nicht mehr in der Lage sein, eine eigenständige Geldpolitik zu betreiben. Andere westeuropäische Länder werden sich angesichts der teilweise ungünstigeren konjunkturellen Ausgangslage wohl weiteren Zinserhöhungsbestrebungen von seiten der Bundesbank widersetzen.

Insgesamt werden in diesem und im nächsten Jahr von der Geldpolitik weiterhin expansive Wirkungen auf die Inlandsnachfrage ausgehen. Die Leitzinserhöhung zu Beginn des kommenden Jahres wird die Konjunktur nicht dämpfen.

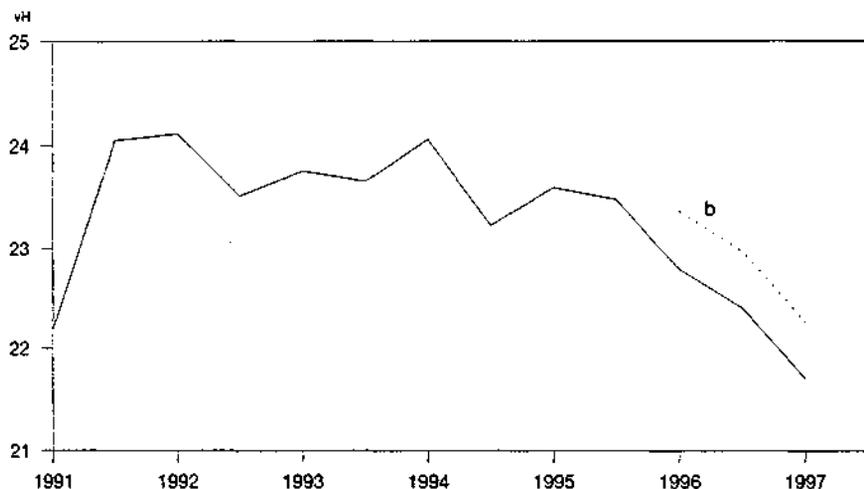
Finanzpolitik im Entscheidungsstau

Die Finanzpolitik ist im Jahr 1997 darauf ausgerichtet, die im Vertrag von Maastricht festgelegten Referenzwerte für das Budgetdefizit des Staates und für den Schuldenstand zu erreichen. Zu diesem Zweck waren zahlreiche Einsparmaßnahmen beschlossen worden.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften dürften im Jahr 1997 um nur rund 0,5 vH höher sein als im Vorjahr. Dazu trägt bei, daß Bund, Länder und Gemeinden ihren Personalbestand verringern und daß die Löhne im öffentlichen Dienst um weniger als 1 vH über ihrem Niveau im Vorjahr liegen werden. Zudem wirken sich verschiedene Sparmaßnahmen aus wie z. B. die Kürzungen bei den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Qualifizierung usw.); sie haben zur Folge, daß der Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1997 kleiner als im Vorjahr (13,8 Mrd. DM) sein wird.

Die Steuereinnahmen nahmen im bisherigen Verlauf des Jahres 1997 trotz der konjunkturellen Besserung ab. Die Steuerquote (Steuereinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) war im ersten Halbjahr 1997 mit 22,3 vH³ um 1,1 Prozentpunkte niedriger als im ersten Halbjahr 1996 (Schaubild 3). Im gesamten Jahr 1997 wird das Steueraufkommen mit 800 Mrd. DM nicht höher als im Vorjahr ausfallen und damit deutlich unter dem Ergebnis der amtlichen Steuerschätzung vom Mai 1997 (813 Mrd. DM) liegen.

³ Bei der Berechnung ist berücksichtigt, daß die Steuereinnahmen ab dem Jahresbeginn 1996 wegen der Verbuchung des Kindergeldes als negative Steuereinnahme um reichlich 10 Mrd. DM je Halbjahr geringer ausfallen als in den Vorjahren; die Steuerquote ist seither um einen halben Prozentpunkt kleiner, als sie bei unveränderter Buchungstechnik wäre.

Schaubild 3 – Steuereinnahmen^a in Deutschland

^a In Relation zum Bruttoinlandsprodukt. ^b Bereinigt um den Einfluß der ab Jahresbeginn 1996 erfolgenden Verbuchung der Kindergeldzahlungen als negative Steuereinnahmen.



Zu der schwachen Zunahme der Steuereinnahmen tragen mehrere Faktoren bei, z. B. die zur Förderung der Investitionen im Osten beschlossenen Sonderabschreibungen (vgl. Deutsche Bundesbank 1997b). Eine Rolle spielt wohl auch, daß die im Verlauf der neunziger Jahre tendenziell erhöhten Steuersätze die Zunahme der Einkommen und der Umsätze, also der Bemessungsgrundlagen der beiden wichtigsten Steuern, nennenswert beeinträchtigt haben.⁴ Interessant ist dabei, daß die erstmalige Erhebung des Solidaritätszuschlags im zweiten Halbjahr 1991 und im ersten Halbjahr 1992 zu einem Anstieg der Steuerquote führte, daß sich aber seine Wiedereinführung zum Jahresbeginn 1995 nicht in einer höheren Steuerquote niederschlug.

Das Budgetdefizit der Gebietskörperschaften (einschließlich der zahlreichen Sondervermögen) in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird im Jahr 1997 mit 120 Mrd. DM etwa so groß wie im Vorjahr sein. Dagegen wird das Defizit der Sozialversicherung wegen der Ausgabenkürzungen (insbesondere bei der Ge-

⁴ Die Lohnsteuersätze für die meisten Beschäftigten sind – bei gewissen Schwankungen von Jahr zu Jahr – gestiegen. Der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne und der Einkommensteuerspitzenatz für gewerbliche Einkünfte sind zwar im Jahr 1994 gesenkt worden, mit dem Jahresbeginn 1995 kam aber die Belastung durch den Solidaritätszuschlag hinzu; zudem sind die Hebesätze der Gewerbesteuer angehoben worden. Einbehaltene Gewinne von Kapitalgesellschaften und gewerbliche Einkünfte wurden deshalb im Jahr 1996 ähnlich stark belastet wie im Jahr 1990. Der Regelsatz der Mehrwertsteuer wurde 1993 erhöht. Verschiedene Verbrauchsteuersätze wurden heraufgesetzt.

setzlichen Krankenversicherung), vor allem aber wegen der kräftigen Beitragssatzerhöhungen deutlich abnehmen. Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürfte sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 3,1 vH belaufen.⁵ Die öffentlichen Schulden werden zum Jahresende 1997 rund 2,25 Billionen DM betragen. In der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht ist der Bestand an öffentlichen Schulden etwas größer. Für den so gemessenen Schuldenstand resultieren in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 61,8 vH. Die im Vertrag von Maastricht festgelegten Referenzwerte für das Defizit und für den Schuldenstand werden also im Jahr 1997 überschritten.

Der Kurs der Finanzpolitik für das kommende Jahr ist nur in Umrissen zu erkennen. Insbesondere über die Steuerpolitik wird seit Monaten kontrovers diskutiert, ohne daß Entscheidungen heranreifen. Einen Minimalkonsens gab es freilich, was die sogenannte kleine Unternehmensteuerreform betrifft. Die Gewerbesteuer, die nur im Westen erhoben wird, wird im Jahr 1998 abgeschafft, gleichzeitig wird aber die Basis der Einkommen- und der Körperschaftsteuer (z. B. durch verschärfte Vorschriften für die Berechnung der Rückstellungen) verbreitert mit der Folge, daß das Steueraufkommen sich nicht verändert.

Der Solidaritätszuschlag wird im kommenden Jahr wahrscheinlich um zwei Prozentpunkte auf 5,5 vH der Einkommensteuerschuld reduziert; das steuerfreie Existenzminimum wird geringfügig erhöht. Daraus resultiert eine Einkommensteuersenkung um 9 Mrd. DM. Es ist unklar, ob – im Vorgriff auf eine durchgreifende Steuerreform – die Einkommensteuerbelastung zusätzlich reduziert wird. Regierung und Opposition wollen – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – das steuerfreie Existenzminimum anheben, die Grenzsteuersätze senken und zahlreiche Steuervergünstigungen abschaffen; über das Ausmaß einer Nettoentlastung bestehen aber gravierende Meinungsunterschiede. Wir erwarten, daß das Volumen der Entlastung – nach Gegenrechnung der zusätzlichen Einnahmen infolge der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer – sehr gering sein wird, weil die Bereitschaft, Ausgabenkürzungen zu beschließen, nicht besteht und eine zusätzliche Neuverschuldung mit Blick auf die Referenzwerte des Vertrages von Maastricht nur begrenzt in Kauf genommen wird.

Regierung und Opposition wollen die Lohnnebenkosten (insbesondere die Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge) senken und so die Arbeitslosigkeit reduzieren. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuer erhöht werden, um über einen größeren Zuschuß des Bundes an die Sozialversicherung deren Einnahmeausfälle zu kompensieren; dies hätte zur Folge, daß versicherungsfremde Leistungen der Sozialversicherung weniger als bisher durch Beiträge finanziert werden. Strittig ist, ob die Umfinanzierung dieser Leistungen mit einem Vorziehen der Rentenreform verbunden werden soll. Nach unserer Einschätzung wird es zu einer Senkung der Sozialversicherungsbeitragsätze bei gleichzeitiger Anhebung der Mehrwertsteuer kommen. Wir erwarten eine Umschichtung in

⁵ Dabei ist die geänderte Zuordnung bestimmter kaufmännisch buchender Krankenhäuser (und Hochschulkliniken) der Länder und Gemeinden berücksichtigt.

Höhe von 16 Mrd. DM, so daß die Belastung der Bruttoarbeitsentgelte durch die Sozialversicherungsbeiträge im Jahr 1998 um einen Prozentpunkt niedriger als sonst ausfällt und sich der Regelsatz der Mehrwertsteuer auf 16 statt 15 vH beläuft. Die von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen zur allmählichen Reduktion des – am Nettolohn der Beschäftigten gemessenen – Rentenniveaus werden wohl erst im Jahr 1999 in Kraft treten.

Lohnanstieg bleibt niedrig

Die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne hat sich im ersten Halbjahr 1997 abermals verlangsamt. In den alten Bundesländern waren die Tarifverdienste nur noch 1,4 vH höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode. In den neuen Bundesländern, in denen die Tarife derzeit im Durchschnitt rund 88 vH des westdeutschen Niveaus erreicht haben, betrug der Anstieg 3,5 vH. Die in jüngster Zeit neu abgeschlossenen Tarifvereinbarungen sehen im Westen in der Regel Lohnanhebungen um 1,5 vH vor; vielfach wurde gleichzeitig als Preis für die Beibehaltung der 100prozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Kürzung der Jahressonderzahlungen (meist um etwa 5 Prozentpunkte) festgelegt. In mehreren Tarifbereichen sind zudem mehr Regelungen zur Flexibilisierung und Differenzierung in den tariflichen Vorschriften vereinbart worden. Dazu gehören beispielsweise eine Senkung der Tarifverdienste um 10 vH bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen in der Chemischen Industrie oder die Vereinbarung von Öffnungsklauseln in der Bekleidungs- und Textilindustrie. Letztere erlauben es den Unternehmen, in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage Tarifloohnerhöhungen auszusetzen, wenn gleichzeitig eine Zusage für die Sicherung der Beschäftigung gegeben wird. Mit der Berücksichtigung der speziellen Belange einzelner Wirtschaftsbereiche, Unternehmen sowie der Personengruppe, die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen ist, haben die Tarifvertragsparteien begonnen, ihrer Verantwortung für die Beschäftigung Rechnung zu tragen.

Im kommenden Jahr wird sich der Lohnkostenauftrieb nur wenig beschleunigen, obwohl die Kapazitätsauslastung – insbesondere in der Industrie – deutlich zunehmen und auf dem Arbeitsmarkt eine leichte Besserung zu verzeichnen sein wird. Nach den Erfahrungen wäre in Westdeutschland in einer solchen Lage bereits mit einem merklichen Zuwachs der Lohnkosten je Beschäftigten zu rechnen (vgl. Kasten 1). Wir erwarten gleichwohl, daß sich der Zuwachs der Lohnkosten je Beschäftigten nur in einer Größenordnung von rund 1,5 vH bewegen wird. Dies impliziert Neuabschlüsse im Verlauf von 1998, die eine Zunahme der Tariflöhne um etwas mehr als 2 vH im Westen und um 2,5–3 vH im Osten beinhalten. Für eine solche Größenordnung spricht der bereits vorliegende Tarifabschluß für die Metall- und Elektroindustrie in den alten Bundesländern.⁶ Er sieht für den 1. April 1998 eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 2,5 vH vor; ein Jahr zuvor waren sie um 1,5 vH erhöht worden, gleichzeitig

⁶ In der Vergangenheit haben die Abschlüsse in dieser Branche häufig eine Pilotfunktion für die übrigen Wirtschaftsbereiche gehabt (Schmidt 1994).

Kasten 1

Bestimmungsgründe der Reallohnveränderungen

In der neueren Literatur (vgl. z. B. OECD 1997, Blanchard und Katz 1997) wird eine gesamtwirtschaftliche Lohngleichung häufig in der folgenden Form spezifiziert:

$$\Delta w_t = a + \alpha \Delta p c_t + (1 - \alpha) \Delta p c_{t-1} - \beta U_t - \gamma \Delta U_t - \lambda (w_{t-1} - p c_{t-1} - x_{t-1}) + \Theta (\Delta p_t - \Delta p c_t) + \varepsilon_t$$

Dabei ist w_t das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer, $p c_t$ der Deflators des privaten Verbrauchs, p_t der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, U_t die Arbeitslosenquote (Arbeitslose bezogen auf Arbeitslose plus beschäftigte Arbeitnehmer) und x_t die trendmäßige Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je beschäftigten Arbeitnehmer). w , $p c$, p und x sind in Form von natürlichen Logarithmen ausgedrückt. Δ gibt die Veränderung gegenüber der Vorperiode an. Der Schätzung liegen westdeutsche Jahresdaten von 1972 bis 1996 zugrunde.

Eine Schätzung der Reallohnveränderungen $(\Delta w_t - \Delta p c_{t-1})^a$ mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate^b ergab:

$$\Delta w_t - \Delta p c_{t-1} = -1,08 + 0,87 \Delta p c_t - 0,52 U_t - 0,49 \Delta U_t - 0,22 (w_{t-1} - p c_{t-1} - x_{t-1}) + 0,72 (\Delta p_t - \Delta p c_t) + \varepsilon_t$$

(-3,8)
(5,1)
(-7,8)
(-2,1)
(-3,9)

(4,2)

Die Gleichung zeigt eine gute Anpassung an die Daten ($R^2: 0,90$). Prüfungen zeigten zudem, daß die Residuen normalverteilt frei von Autokorrelation und homoskedastisch sind. Die Hypothese der Strukturkonstanz konnte ebenso nicht zurückgewiesen werden.

Der Koeffizient vor dem Term $(w_{t-1} - p c_{t-1} - x_{t-1})$ ist betragsmäßig klein. Die Reallohne passen sich somit nur langsam an die durch die Trendproduktivität vorgegebene Höhe an. Hierin kommt zum Ausdruck, daß ein erhebliches Maß an Reallohnrigidität vorherrscht (vgl. dazu und zu deren Ursachen Siebert 1997). Sowohl die Höhe (U_t) als auch die Veränderung der Arbeitslosenquote (ΔU_t) erweisen sich als signifikant. Ein beschleunigter Preisauftrieb ($\Delta \Delta p c_t$) verstärkt den Anstieg der Löhne. $\Delta p_t - \Delta p c_t$ – eine Approximation für Terms of trade-Veränderungen – haben den erwarteten positiven Einfluß auf die Reallohne.

Mit der Gleichung durchgeführte ex-post-Prognosen für die Jahre 1992 bis 1996 bilden den Reallohnanstieg in diesen Jahren vergleichsweise gut ab. Es scheint daher vertretbar, die Schätzgleichung für eine ex-ante-Prognose für die Jahre 1997 und 1998 zu verwenden. Dabei wurden für den Preisauftrieb und die Arbeitslosigkeit die Prognosen aus Tabelle 1 unterstellt, die Zunahme der Trendproduktivität wurde mit 1,6 vH (1997) bzw. 1,7 vH (1998) veranschlagt. Die Terms of trade verschlechtern sich in beiden Jahren. Als Ergebnis der ex-ante-Prognose für die prognostizierte Veränderungsrate der westdeutschen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten ergeben sich folgende Zuwachsraten: 1997: 1,3 vH; 1998: 2,8 vH

^a Die Lohnveränderung wird mit dem Preisindex des Vorjahres deflationiert, da viele Tarifrunden bereits zu Jahresbeginn stattfinden. – In der Gleichung tauchen auch unverzögerte exogene Variablen auf, die in engem Zusammenhang mit der Lohnentwicklung stehen. Dies würde eine Instrumentenschätzung nahelegen. Nach Ergebnissen der OECD beeinflusst dies die Ergebnisse jedoch nur unwesentlich.

waren die Sonderzahlungen von 60 auf 55 vH eines Monatsgehalts gesenkt worden. Wegen des im Vorjahresvergleich niedrigeren Anstiegs in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres werden die Tariflöhne in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 1998 insgesamt um rund 2 vH höher sein als 1997. Die übrigen Wirtschaftsbereiche orientieren sich vermutlich eng an dieser Vorgabe. In den Wirtschaftsbereichen, in denen die wirtschaftliche Entwicklung deutlich ungünstiger als in der Metall- und Elektroindustrie verläuft, werden die Lohnsteigerungen wohl etwas niedriger ausfallen. In Deutschland dürften die Lohnstückkosten bei sich fortgesetzter Konjunkturbelebung sowohl in diesem als auch nochmals in etwas geringerem Umfang im kommenden Jahr sinken. Gleichzeitig ergibt sich für die Unternehmen angesichts der weltweiten Konjunkturbelebung und der Abwertung der D-Mark die Möglichkeit, ihre Preise etwas rascher anzuheben. In der Folge werden die Gewinne anhaltend kräftig expandieren, und auch die Zahl der Beschäftigten wird 1998 wieder etwas zunehmen.

Abwertung begünstigt Exporte

Die deutschen Exporte, die bereits seit dem Frühjahr 1996 schwungvoll zunehmen, haben zuletzt nochmals beschleunigt expandiert. Maßgeblich für die lebhaftere Exportentwicklung war die spürbare Ausweitung der industriellen Produktion in den wichtigsten Handelspartnerländern. So nahmen die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten infolge des dort anhaltend robusten Wirtschaftswachstums überdurchschnittlich kräftig zu. Die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Union, die in den ersten drei Quartalen des zurückliegenden Jahres kaum gestiegen waren, legten seit Beginn des Winterhalbjahres deutlich zu. Darin spiegelt sich wider, daß nunmehr auch in den kontinentaleuropäischen Ländern – im Vereinigten Königreich läuft der Konjunkturmotor bereits seit geraumer Zeit mit recht hoher Drehzahl – die wirtschaftlichen Auftriebskräfte die Oberhand gewonnen haben. Die Lieferungen in die Reformländer Mittel- und Osteuropas expandierten bis zuletzt lebhaft. Die Exporte in die Entwicklungs- und die OPEC-Länder, die im Verlauf des zurückliegenden Jahres insgesamt nur moderat zugenommen hatten, haben seit dem Frühjahr dieses Jahres merklich an Schwung gewonnen.

Die Aussichten für die weitere Entwicklung der Ausfuhren sind günstig. Wir rechnen damit, daß sich die konjunkturelle Belebung in Westeuropa festigt. Dabei dürfte die wirtschaftliche Aktivität in zunehmendem Maße von den Investitionen sowie dem privaten Verbrauch gestützt werden. Dies wird die Lieferungen deutscher Anbieter spürbar anregen. In den Vereinigten Staaten wird sich die Ausweitung der Produktion, wenn auch in etwas geringerem Tempo als bislang, fortsetzen. In Japan wird sich die Konjunktur im weiteren Verlauf dieses Jahres allmählich erholen, für das kommende Jahr rechnen wir mit einer moderaten Belebung. Die deutschen Exporte in die Länder des südostasiatischen Raums werden wohl weiterhin rasch ausgeweitet, doch dürften die Zuwachsraten infolge des sich abflachenden Tempos der wirtschaftlichen Expansion in diesen Ländern etwas geringer ausfallen als in den zurückliegenden

Jahren. Hinzu kommt, daß die kräftigen Abwertungen der Währungen einiger südostasiatischer Länder die Importe dieser Länder dämpfen werden. Auch dürften die Turbulenzen auf den Finanzmärkten Südostasiens die realwirtschaftliche Entwicklung dort beeinträchtigen. Die rege wirtschaftliche Aktivität in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie deren zunehmende Integration in die weltweite Arbeitsteilung werden positiv auf die deutschen Exporte in diese Region wirken.

Stimulierende Wirkungen für die deutschen Exporte dürften auch von der nochmaligen Abwertung der D-Mark ausgehen. So nahm der effektive Außenwert der D-Mark bis zum August dieses Jahres ab und lag um rund 7 vH unter seinem Vorjahresniveau. Diese Abwertung der D-Mark wird die Exporte im weiteren Verlauf dieses Jahres und bis ins kommende Jahr hinein anregen (vgl. Kasten 2). Wir erwarten, daß der Außenwert der D-Mark bis zum Beginn des nächsten Jahres nochmals leicht nachgibt, im weiteren Verlauf des Jahres 1998 dann aber weitgehend stabil bleibt. Insgesamt wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter nochmals leicht verbessern.

Angesichts dieser insgesamt günstigen Rahmenbedingungen dürften die deutschen Exporte im Verlauf des Prognosezeitraums weiter dynamisch expandieren. Aufgrund des sehr kräftigen Anstiegs zum Jahresende 1996 und zu Beginn dieses Jahres werden sie ihr Vorjahresniveau in diesem Jahr um 9,5 vH überschreiten. Im kommenden Jahr werden sie dann wohl um reichlich 7,5 vH höher sein als in diesem Jahr.

Die Einfuhren, die sich 1996 deutlich belebt hatten, haben im bisherigen Verlauf dieses Jahres in nahezu unverändertem Tempo zugenommen. Zwar zogen infolge der Abwertung der D-Mark und der höheren Ölpreise die Einfuhrpreise merklich an, doch veranlaßte die Ausweitung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe die Unternehmen dazu, mehr Güter bei ausländischen Anbietern zu ordern. Das Tempo des Importanstiegs dürfte im Prognosezeitraum noch etwas zunehmen. Maßgeblich hierfür werden vor allem die an Schwung gewinnende Investitionstätigkeit der Unternehmen und die rascher steigenden Konsumausgaben der privaten Haushalte sein. Nach einem Zuwachs um knapp 5,5 vH in diesem Jahr werden die Importe im kommenden Jahr ihr Vorjahresniveau um knapp 6 vH überschreiten.

Die ausgeprägte Abwertung der D-Mark hat auch die Außenhandelspreise sichtbar beeinflußt. So stiegen die Einfuhrpreise ohne zeitliche Verzögerung als Reaktion auf die Abwertung der D-Mark deutlich an. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die D-Mark wohl noch leicht an Wert verlieren und die Bezüge aus dem Ausland werden sich nochmals verteuern. Im kommenden Jahr dürfte sich der Außenwert der D-Mark zwar stabilisieren, doch werden die Rohstoffpreise im Zuge der weltweiten Konjunkturbeschleunigung merklich anziehen und die Importe verteuern. Insgesamt rechnen wir mit einem Anstieg der Einfuhrpreise in diesem Jahr um 3,5 vH. Im kommenden Jahr werden die Importe um reichlich 2,5 vH teurer sein als 1997.

Die Ausführpreise haben seit dem Herbst des zurückliegenden Jahres leicht angezogen. Dabei dürfte die Abwertung der D-Mark von den deutschen Anbietern genutzt worden sein, um ihre Preise etwas zu erhöhen. Für den Prognose-

Kasten 2

Zu den Auswirkungen der Wechselkursänderungen auf die deutsche Ausfuhr

Die rasche und spürbare Abwertung der D-Mark hat die Frage aufgeworfen, ob und in welchem Ausmaß die deutschen Exporte von dieser Entwicklung profitieren können. Zu diesem Zweck haben wir den Einfluß wichtiger Größen auf die Exporte durch Regressionsrechnungen untersucht (vgl. dazu auch die Untersuchungen von Lapp et al. 1995, Döpke und Fischer 1994). Die realen Ausfuhr von Waren und Diensten in der Abgrenzung der VGR (X_t) hängen dabei von der Industrieproduktion im Ausland (I_t), dem realen Außenwert der D-Mark (e_t^r) und einem deterministischen Trend (t) zur Berücksichtigung der im Zeitablauf zunehmenden Integration der Weltwirtschaft ab. Eine Schätzung in Form eines Fehlerkorrekturmodells ergab folgende Ergebnisse (für saisonbereinigte Quartalsdaten von 1975 I bis 1997 I):^a

$$\Delta \ln X_t = 1,0 - 0,38 \ln X_{t-1} - 1,15 \ln I_{t-1} + 0,65 \ln e_{t-1}^r + 0,0003 t - 0,19 \Delta \ln X_{t-1} + 0,91 \Delta \ln I_t - 0,33 \Delta \ln e_{t-3}^r + 0,08 D^{90f} + 0,05 D^{80f} + \varepsilon_t$$

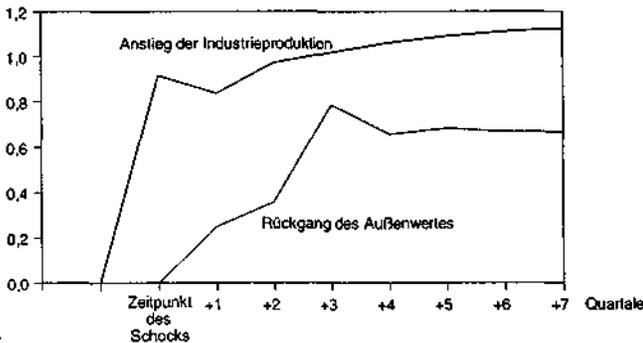
(2,4) (-5,2)
(-2,5)

(4,3)
(-2,8)
(8,0)
(2,7)

Statistische Prüfungen haben gezeigt, daß die Gleichung normalverteilte Residuen hat und frei ist von Autokorrelation erster und vierter Ordnung. Die Hypothese von Heteroskedastizität konnte ebenso zurückgewiesen werden wie die von Strukturbrüchen.

Die Abbildung zeigt eine dynamische Verlaufsanalyse der mit der Gleichung berechneten Exporte. Nach einer Erhöhung der Industrieproduktion im Ausland reagieren die Ausfuhr rasch und mit einer Elastizität von eins. Das heißt, ein Anstieg der ausländischen Industrieproduktion um 1 vH bewirkt bereits im laufenden Quartal eine Zunahme der deutschen Exporte in etwa dem gleichen Ausmaß. Hingegen hat eine Abwertung der D-Mark zunächst eine deutlich geringere Wirkung. Geht der Außenwert der D-Mark um 1 vH zurück, so dauert es immerhin drei Quartale bis sich die Wirkung auf die Exporte voll entfaltet hat. Dies läßt darauf schließen, daß die bereits seit geraumer Zeit günstige Entwicklung der deutschen Lieferungen ins Ausland vor allem auf die Verbesserung der Konjunktur in den Handelspartnerländern zurückzuführen ist. Die Abwertung der D-Mark, die im Herbst vergangenen Jahres einsetzte, dürfte diesen Berechnungen zufolge ihre belebenden Wirkungen auf die Ausfuhr in vollem Umfang wohl erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres entfalten.

Veränderung der realen Exporte in vH gegenüber der Basislösung bei einem Anstieg der Industrieproduktion im Ausland um 1 vH bzw. bei einer Verringerung des realen Außenwertes der DM um 1 vH



^a Darin bezeichnen D Dummyvariablen. Sie sind 1 für das genannte Quartal und sonst 0. Ihre Berücksichtigung erwies sich aus schätztechnischen Gründen als notwendig.

zeitraum erwarten wir weitere Preiserhöhungen, die jedoch sehr moderat sein werden. So eröffnen sich infolge der zunächst noch anhaltenden Schwäche der D-Mark und der leicht anziehenden Erzeugerpreise im Ausland zwar zunehmende Möglichkeiten, die Preise für Exportgüter anzuheben. Doch zeigt die Erfahrung (vgl. Fischer 1996), daß die heimischen Anbieter überwiegend bemüht sind, ihre Preiswettbewerbsposition zu verbessern und daher auf kräftige Erhöhungen zu verzichten. Die Exportpreise dürften dieses Jahr daher um allenfalls knapp 1,5 vH und im nächsten Jahr um 2 vH steigen. Damit werden sich die Terms of trade im Prognosezeitraum weiter verschlechtern.

Konsumschwäche wird allmählich überwunden

Die realen Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte lagen in der ersten Jahreshälfte nur um 0,6 vH über ihrem Niveau im Vorjahr. Maßgeblich dafür war, daß die Nettolohn- und -gehaltssumme bei nur wenig höheren Tarifröhnen, rückläufiger Beschäftigung sowie gestiegenen Sozialbeiträgen gesunken ist. Allein die entnommenen Gewinne und die Vermögenseinkommen haben weiterhin rasch expandiert und so verhindert, daß die Kaufkraft der privaten Haushalte insgesamt abgenommen hat. Für den weiteren Verlauf dieses Jahres zeichnet sich eine – wenn auch nur leichte – Besserung bei den Einkommen ab. So wird der Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Herbst zu Ende gehen; danach ist sogar ein leichter Anstieg zu erwarten. Für das Jahr 1997 ist bei einer im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unveränderten Preissteigerungsrate mit einer Zunahme der Realeinkommen der Haushalte um nur etwa 0,8 vH zu rechnen; bei weiterhin unveränderter Sparneigung ergibt sich für den privaten Verbrauch ein Zuwachs in einer entsprechenden Größenordnung.

Im kommenden Jahr werden sich die Perspektiven für den Konsum deutlich aufhellen. Erstmals seit Beginn dieses Jahrzehnts wird die Zahl der Beschäftigten wieder höher sein als im Vorjahr. Auch wird die Zunahme der effektiv gezahlten Tarifröhne wohl etwas größer als im Vorjahr ausfallen. Außerdem werden die privaten Haushalte durch die freilich geringe Steuersenkung zu Beginn des Jahres entlastet. Bei unverändert rasch expandierenden Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen wird 1998 der Zuwachs der verfügbaren Einkommen mit rund 4,5 vH deutlich kräftiger ausfallen als 1997 (knapp 3 vH). Zwar wird die Teuerung – vor allem wegen der von uns erwarteten Anhebung der Mehrwertsteuer – etwas höher als in diesem Jahr sein, die Kaufkraft der Haushalte wird gleichwohl merklich stärker zunehmen als 1997. Bei unveränderter Sparquote ist für das Jahr 1998 insgesamt mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs um rund 2,5 vH zu rechnen.

Fortgesetzte Belebung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im zweiten Quartal 1997 mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 vH zugenommen.⁷ Seit Ende 1995 – dem Tiefpunkt

⁷ Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen sind dabei etwas rascher ausgeweitet worden. Die entsprechenden Ausgaben des Staates waren im ersten Halbjahr 1997 um reichlich 14,5 vH

der zurückliegenden konjunkturellen Schwächephase – sind sie damit um insgesamt 6,5 vH gestiegen. Dies entspricht in etwa der Entwicklung, die dieses Aggregat nach der Überwindung früherer Konjunkturdellen genommen hatte. Es ist daher irreführend, von einer anhaltenden Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen zu sprechen. Ein solches Bild ergäbe sich nur, wenn der Tiefpunkt der letzten ausgeprägten Rezession im Jahr 1993 zum Vergleich herangezogen würde. Dies ist jedoch nicht sinnvoll, da sich der nur geringe Anstieg von 1993 bis 1995 – wie an dieser Stelle mehrfach dargelegt – mit der Sonderentwicklung erklären läßt, welche die Investitionen nach der deutschen Einheit genommen hatten: Damals führte ein – freilich nur vorübergehender – Nachfrageschub zeitweise zu ungewöhnlich günstigen Ertragsersparungen der Unternehmen. In der Folge war die Investitionsquote weit höher, als dies den Erfahrungen der Vergangenheit entsprach. Viele der damals getätigten Investitionen erwiesen sich als überdimensioniert und erbrachten nicht die erwartete Rendite. Die Investitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sanken daraufhin wieder auf ein Niveau, das dem vor der Vereinigung entsprach. Nachdem diese Anpassung erfolgt ist, prägen seit Beginn des Jahres 1996 die günstiger werdenden konjunkturellen Rahmenbedingungen die Investitionskonjunktur.

Die zyklischen Voraussetzungen für eine höhere Investitionsneigung haben sich bis zuletzt verbessert: So hat der Auslastungsgrad der Kapazitäten spürbar zugenommen; im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe liegt er mit reichlich 85 vH bereits deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Die langfristigen Zinsen sind sehr niedrig, die Zinsdifferenz ist merklich positiv. Die Gewinne der Unternehmen haben bereits kräftig zugenommen. Angesichts der absehbaren Preis- und Wechselkursentwicklung dürften die Gewinne 1998 in hohem Tempo weiter steigen; die Sachkapitalrendite wird erneut kräftig zunehmen. Ihr Anstieg wird den der langfristigen Zinsen nach unserem Urteil deutlich übertreffen. Die Stimmung bei den Unternehmen hat sich in der ersten Jahreshälfte erheblich aufgehellt. Sie war in der Vergangenheit meist ein guter Indikator für die Investitionsneigung. Zu der Verbesserung der Konjunkturaussichten hat maßgeblich beigetragen, daß die Auftragseingänge bei der Industrie deutlich aufwärtsgerichtet sind, besonders die Bestellungen aus dem Ausland entwickeln sich lebhaft. Im Prognosezeitraum wird die Nachfrage anhaltend kräftig ausgeweitet werden, und die Kapazitätsauslastung der Betriebe wird rasch zunehmen. Damit werden für viele Unternehmen Kapazitätserweiterungen dringlich.

Wir erwarten trotz günstiger konjunktureller Rahmenbedingungen keine ausgeprägte Investitionsdynamik. So erfolgt der Anstieg der Sachkapitalrendite im Produzierenden Gewerbe von einem sehr niedrigen Niveau aus. Zudem ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung spürbar niedriger als die im Verarbeitenden Gewerbe; die schwache Baukonjunktur dämpft die Investitionsneigung in baunahen Wirtschaftsbereichen. Ferner besteht weiterhin Unsicherheit über die zukünftige Steuer- und Abgabenbelastung. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Steuersätze für viele Unternehmen immer noch recht

niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Freilich ist ihr Gewicht gering; nur rund 4 vH der gesamten Ausrüstungsinvestitionen des Jahres 1996 erfolgten durch die öffentliche Hand.

hoch, auch wenn berücksichtigt wird, daß aufgrund der zahlreichen Ausnahmetatbestände die effektive Belastung niedriger ist, als dies den Anschein hat, wenn nur die Steuersätze betrachtet werden. Diese Belastung mag zum Teil durch ein größeres Angebot an Infrastruktur und öffentlichen Gütern gerechtfertigt sein, doch stellt die Struktur des Steuer- und Abgabensystems (hohe Steuersätze bei einer Vielzahl von Ausnahmetatbeständen) gegenwärtig ein wichtiges Investitionshemmnis dar.

Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen in etwa im bisherigen Tempo zunehmen. Damit werden sie ihr jeweiliges Vorjahresniveau 1997 um rund 5 vH und 1998 um etwa 6,5 vH übertreffen. Die Investitionsgüterpreise werden dabei erstmals in diesem Konjunkturzyklus wieder spürbar steigen. Maßgeblich hierfür ist die Abwertung der D-Mark, die importierte Investitionsgüter verteuert und inländischen Anbietern Preiserhöhungsspielräume eröffnet. Zudem entwickelt sich die Nachfrage nach Investitionsgütern lebhaft.

Bauinvestitionen stagnieren

Die Bauinvestitionen haben im zweiten Quartal des laufenden Jahres saison- und arbeitstäglich bereinigt mit einer laufenden Jahresrate von rund 4 vH zugenommen, aber das Niveau im letzten Vierteljahr 1996 deutlich unterschritten. Der Anstieg überzeichnet die konjunkturelle Entwicklung: Der Beginn des Jahres 1997 war auch durch die Beendigung der Sonderabschreibungen im ostdeutschen Wohnungsbau und eine im langjährigen Vergleich ungünstige Witterung geprägt.⁸ Die Bauinvestitionen werden im Durchschnitt des Jahres 1997 um rund 1 vH niedriger sein als im Vorjahr (Tabelle 1). Diese Entwicklung ist spürbar ungünstiger als bislang von uns prognostiziert. Zu der veränderten Einschätzung trug bei, daß das Statistische Bundesamt bei seiner jüngsten Berechnung das Niveau und den Verlauf der Bauinvestitionen im Jahr 1996 revidiert hat. In der Folge waren sie Ende des vergangenen Jahres niedriger als von uns ursprünglich unterstellt. Bedeutender als dieser technische Einfluß war allerdings, daß die ostdeutschen gewerblichen Bauinvestitionen tiefer sanken, als wir erwartet hatten. Auch setzte die zyklische Erholung der westdeutschen Bauinvestitionen später ein als vorhergesagt. Ein grundlegend verändertes Bild der zukünftigen Baukonjunktur ergibt sich aus der Prognosekorrektur freilich nicht.

Die laufenden Indikatoren zeigen erste Anzeichen einer Stabilisierung des westdeutschen Wohnungsbaus. So nehmen die Genehmigungen seit Jahresbeginn in der Grundtendenz leicht zu, und auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stiegen im zweiten Quartal etwas. Wegen des sehr niedrigen Niveaus, auf das diese Kennzahlen im Verlauf des Jahres 1996 gesunken waren, liegen sie gleichwohl deutlich unter den Werten des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.

⁸ Zudem gibt es Hinweise, daß die bei der Bereinigung unterstellte Saisonfigur strukturelle Veränderungen wie etwa flexibler gestaltete Arbeitszeiten noch nicht vollständig erfaßt. Damit überzeichnen sowohl der Rückgang im ersten wie auch der Anstieg im zweiten Quartal die konjunkturelle Tendenz.

Tabelle 1 – Bauinvestitionen^a nach Sparten 1996–1998 – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Anteil an den gesamten Bauin- vestitionen 1996	1996	1997 ^b	1998 ^b
Deutschland				
Bauinvestitionen insgesamt	100	-3,1	-1,0	1,0
Wohnungsbau	54,6	0,1	0,1	1,0
Wirtschaftsbau	30,7	-6,7	-2,5	1,0
Staatlicher Bau	14,7	-6,8	-2,3	0,8
Westdeutschland				
Bauinvestitionen insgesamt	71,8	-3,7	-0,2	2,6
Wohnungsbau	41,7	-1,8	0,2	2,5
Wirtschaftsbau	20,5	-5,2	-0,4	3,2
Staatlicher Bau	9,6	-8,2	-2,0	1,5
Ostdeutschland				
Bauinvestitionen insgesamt	28,2	-1,8	-3,1	-3,2
Wohnungsbau	12,9	6,5	-0,3	-3,7
Wirtschaftsbau	10,2	-9,7	-6,7	-3,8
Staatlicher Bau	5,1	-3,9	-2,9	-0,6

^a In konstanten Preisen. – ^b Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1997 a), eigene Prognose.

Die Wohnungsbauinvestitionen werden in Westdeutschland im Verlauf des Jahres 1997 nicht weiter sinken, 1998 werden sie wieder leicht ausgeweitet werden. Maßgeblich hierfür ist, daß sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen bessern. Die Hypothekenzinsen werden – trotz eines Anstiegs um reichlich einen halben Prozentpunkt – im längerfristigen Vergleich recht niedrig bleiben. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen 1998 wieder deutlich zu. Der Auftrieb der Mieten flacht sich zwar ab, die Baukosten sinken jedoch weiter. Trotz günstigerer zyklischer Bedingungen für zusätzliche Wohnungsbauinvestitionen wird deren Anstieg nur gering sein, da der Wohnungsbauboom, der Mitte der achtziger Jahre einsetzte, zu einem – gemessen am verfügbaren Einkommen – sehr hohen Wohnungskapitalstock je Kopf der Bevölkerung geführt hat. Dies wirkt sich dämpfend auf die Investitionsneigung aus.

Von der konjunkturellen Besserung profitiert vor allem der Eigenheimbau. Auch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden wie Modernisierungen oder Renovierungen werden häufiger vorgenommen werden als zuvor. Der frei finanzierte Geschosßwohnungsbau wird hingegen weiter stark eingeschränkt werden. Maßgeblich hierfür ist, daß angesichts der stark regulierten Mietwohnungsmärkte die Anfang 1995 verringerte steuerliche Förderung nicht ausreicht, um potentiellen Investoren eine befriedigende Rendite zu bieten.

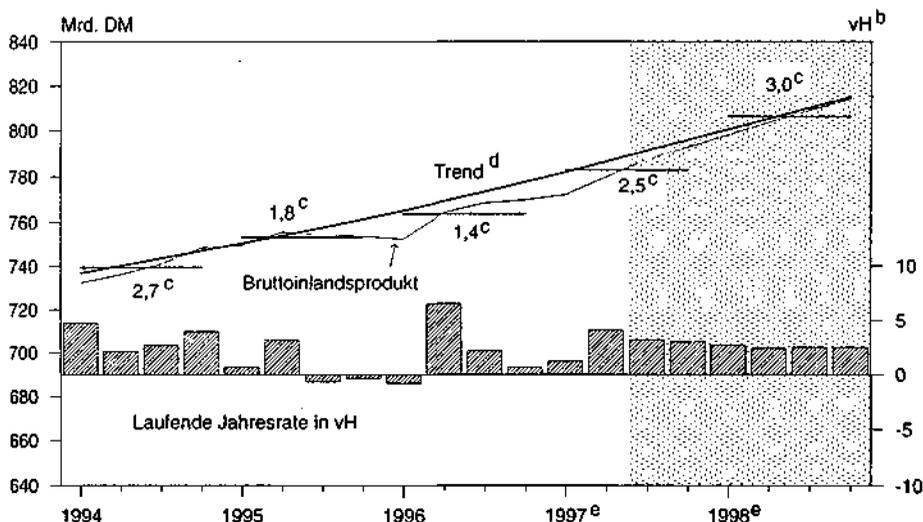
Die ostdeutschen Wohnungsbauinvestitionen werden im Verlauf der Jahre 1997 und 1998 zurückgehen. Bestimmend hierfür ist die fühlbare Einschränkung der steuerlichen Förderung zu Jahresbeginn 1997. Zudem hatten die Wohnungsbauinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung zuletzt ein im Vergleich zu Westdeutschland recht hohes Niveau erreicht; freilich ist der Wohnungskapitalstock pro Einwohner in Relation zum durchschnittlichen realen verfügbaren Einkommen immer noch deutlich niedriger als in Westdeutschland. Stützend wirkt auch, daß der Bestand noch in hohem Maße renovierungsbedürftig ist. Zwei Drittel aller ostdeutschen Wohnungen weisen noch gravierende Mängel auf (Statistisches Bundesamt 1997b). Bei erneut steigenden Einkommen werden die Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden daher deutlich ausgeweitet werden. Insgesamt ist daher damit zu rechnen, daß der Wohnungsbau in den neuen Ländern noch eine geraume Zeit auf – verglichen mit Westdeutschland – hohem Niveau bleiben wird, der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen pro Kopf wird nur langsam erfolgen.

Der gewerbliche Bau neigte im Durchschnitt der ersten beiden Quartale dieses Jahres in den alten Ländern zur Schwäche. Üblicherweise erfolgt eine Erholung des Wirtschaftsbaus erst mit einer Verzögerung von etwa vier Quartalen auf den konjunkturellen Tiefpunkt. Erst wenn sich der Aufschwung gefestigt hat, werden erfahrungsgemäß bauintensive Erweiterungen dringlich. Es besteht ein enger Zusammenhang mit der Auslastung der Kapazitäten. Diese hat sich zwar in der Industrie merklich gebessert, doch weisen andere Sektoren noch Überangebote auf. So gibt es in vielen Regionen Leerstände bei Bürobauten und Einzelhandelsflächen. Daher wird die Erholung des Wirtschaftsbaus in den alten Ländern verhaltener ausfallen, als dies die Verbesserung der Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe nahelegt.

Die gewerblichen Bauinvestitionen in Ostdeutschland werden im Prognosezeitraum weiter deutlich eingeschränkt werden. Maßgeblich hierfür ist, daß der Bestand an Wirtschaftsbauten in Relation zur Bevölkerung in den neuen Ländern bereits ein Niveau erreicht hat, daß dem vieler Regionen in den alten Ländern entspricht, obwohl die Einkommen in den neuen Ländern niedriger sind. In der Folge werden die Investitionen je Einwohner zukünftig sinken. Zudem sind in manchen Marktsegmenten – auch infolge der sehr hohen Förderung durch die öffentliche Hand – erhebliche Überangebote entstanden. Dies dämpft die Neigung zu Investitionen in Neubauten.

Die staatlichen Bauinvestitionen werden nach einem spürbaren Rückgang in der ersten Jahreshälfte im Verlauf dieses Jahres wieder leicht zunehmen. Der Anstieg wird sich im Jahr 1998 leicht beschleunigen. Maßgeblich für die Erholung ist, daß die Finanzlage der Städte und Gemeinden – der wichtigsten öffentlichen Bauträger – sich weiter leicht bessert. Zudem verbilligt das jüngst beschlossene Zinssubventionsprogramm die Kreditaufnahme für investive Zwecke.

Die Baupreise werden zunächst erneut sinken. Erst im späteren Verlauf des Jahres 1998 werden sie wieder in geringem Maße zunehmen. Der Rückgang der Lohnkosten, der hohe Konkurrenzdruck auch durch die Schattenwirtschaft und durch ausländische Anbieter sowie die niedrige Nachfrage lassen kaum Preissteigerungen durch die inländischen Anbieter zu.

Schaubild 4 – Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigt. - ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. - ^c Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - ^d Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. - ^e Prognose.



Ausblick: Aufschwung setzt sich fort

Alles in allem sind die Bedingungen günstig, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im weiteren Verlauf dieses Jahres anhaltend kräftig zunimmt, im kommenden Jahr wird sich das Anstiegstempo geringfügig verlangsamen, gleichwohl aber noch höher sein als die Wachstumsrate des Produktionspotentials, die mit etwa 2,2 vH zu veranschlagen ist (Schaubild 4). Die stärksten Impulse für die Konjunktur werden in diesem Jahr weiterhin von den Exporten ausgehen, im nächsten Jahr wird die Binnennachfrage allmählich zur treibenden Kraft des Aufschwungs. Mit der günstigeren Entwicklung am Arbeitsmarkt werden dann die Verbrauchsausgaben wieder rascher steigen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1997 um 2,5 vH höher sein als im Vorjahr, 1998 ist mit einem Zuwachs um rund 3 vH zu rechnen (Tabelle 2).

Ostdeutsche Wirtschaft partizipiert am Exportboom

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern wird in diesem und im kommenden Jahr etwas langsamer expandieren als die in den alten Bundesländern. Maßgeblich dafür ist vor allem, daß die Bautätigkeit im Osten in beiden Jahren deutlich rückläufig sein wird, während im Westen lediglich mit einer Stagnation (1997) bzw. sogar mit einem deutlichen Anstieg (1998) zu rechnen ist. Trotz der sinkenden Wertschöpfung im Bausektor wird das Niveau der Bauinvestitionen pro Kopf gerechnet im nächsten Jahr gleichwohl rund zwei Drittel höher sein

Tabelle 2 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1996–1998

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1996	1997 ^a	1998 ^a	1996	1997 ^a	1998 ^a	1996	1997 ^a	1998 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	1,3	2,5	3,0	2,0	2,2	2,4	1,4	2,5	3,0
Erwerbstätige ^c	-1,1	-1,0	0,5	-1,7	-2,5	0,6	-1,2	-1,3	0,5
Beschäftigte Arbeitnehmer ^c	-1,2	-1,2	0,6	-2,2	-3,0	0,2	-1,4	-1,5	0,5
Arbeitslose (1000)	2797	3025	2915	1168	1330	1360	3965	4355	4275
Arbeitslosenquote ^d	9,0	9,8	9,4	15,6	17,8	18,1	10,3	11,3	11,1
Finanzierungssaldo des Staates ^e (Mrd. DM)							-124	-115	-84
In vH des Bruttoinlandsprodukts							-3,5	-3,1	-2,2
Öffentliche Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ^f							60,7	62	62
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)							-21	1	20
Verbraucherpreise ^g	1,4	1,7	2,0	2,4	1,9	2,2	1,5	1,8	2,1

^a Prognose. – ^b In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c Im Inland, Veränderung gegenüber Vorjahr in vH. – ^d Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland. – ^e In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ^f Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – ^g Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1997a), eigene Schätzungen.

als im Westen, d. h., im Osten verbessert sich die Ausstattung mit Infrastruktur, gewerblichen Bauten und Wohnraum verglichen mit den alten Ländern auch weiterhin (Tabelle 3). Im Gegensatz zur Bauwirtschaft wird der Produktionszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe über dem im Westen liegen; dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß der Anteil dieses Sektors an der gesamten Wertschöpfung noch immer vergleichsweise niedrig ist. Ähnlich wie im Westen wird der kräftige Produktionsanstieg in der Industrie seit dem Frühjahr vergangenen Jahres vor allem von der Auslandsnachfrage getragen (Schaubild 5). Offensichtlich gelingt es ostdeutschen Unternehmen zunehmend, auf den internationalen Märkten Fuß zu fassen. Umfragen zufolge steigen sowohl der Anteil der Unternehmen, die ihren Absatzradius ausweiten konnten, als auch der Anteil des Umsatzes, der auf überregionalen Märkten erzielt wird (DIW, IfW und IWH 1997: 28–29). Die Fortschritte bei der Eingliederung der ostdeutschen Industrie in die internationale Arbeitsteilung werden durch die Abwertung der D-Mark erleichtert, ermöglicht sie es doch den Herstellern, durch Preiszugeständnisse im Ausland in neue Märkte einzudringen.

Trotz der Fortschritte bei der Verbreiterung der Exportbasis ist die Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft gering. Insgesamt ist die Wettbe-

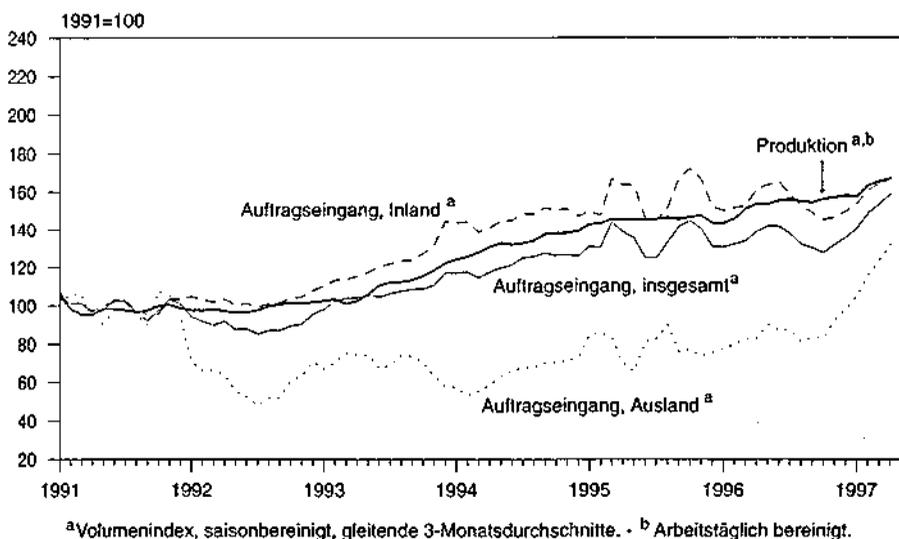
Tabelle 3 – Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in Ostdeutschland 1991–1998 (Westdeutschland = 100)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^a	1998 ^a
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner	31	40	48	52	55	57	57	57
Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen je Einwohner	64	77	100	112				
Bauminvestitionen in jeweiligen Preisen je Einwohner								
Insgesamt	67	99	124	154	176	179	175	165
Wohnungsbau	44	63	82	112	133	144	143	135
Gewerblicher Bau	89	145	193	230	237	226	213	198
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten	47	61	68	70	70	71	71	72
Arbeitsproduktivität ^b	29	42	51	54	56	58	59	59
Lohnstückkosten ^c	160	147	132	129	125	124	122	123

^a Prognose. – ^b Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je abhängig Beschäftigten. – ^c Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inland) je Einheit des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Wie Tabelle 1.

Schaubild 5 – Produktion und Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt.



werbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen noch immer unzureichend. Die Lohn-Produktivitäts-Lücke ist weiterhin beträchtlich; so waren die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr rund ein Viertel höher als im Westen. Trotz anhaltend umfangreicher staatlicher Fördermaßnahmen für Investitionen wird die Lohn-Produktivitäts-Lücke auch im kommenden Jahr nicht kleiner werden. Da die lange Zeit bestehenden Standortnachteile Ostdeutschlands durch die umfangreichen Investitionen in den Aufbau der Verwaltung und der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur allmählich geringer werden, läßt sich eine Ausweitung der staatlichen Hilfen nicht begründen; im Gegenteil: die Investitionsförderung müßte schrittweise zurückgeführt werden. Es bleibt daher nur eine Kostensenkungsstrategie, um den Standort Ostdeutschland für dringend benötigte private Investitionen attraktiv zu machen. Sinkende Preise bei Gebäuden und Grundstücken signalisieren, daß der notwendige Anpassungsprozeß beim Faktor Kapital bereits begonnen hat. Bei den Arbeitskosten ist ein solches Signal für potentielle Investoren jedoch noch nicht erkennbar. So wird von den Tarifvertragsparteien generell an der beabsichtigten Angleichung der Löhne an das Niveau im Westen festgehalten, obwohl die Produktivitätsunterschiede noch immer groß sind. Das Eingeständnis von Tarifvertragsparteien und Politikern, daß die Löhne im Osten auf absehbare Zeit deutlich unter denen im Westen liegen werden, wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Standortqualität in Ostdeutschland, weil dadurch für potentielle Investoren die Renditeerwartungen verbessert und so zusätzliche Investitionen angeregt würden. Die Möglichkeit für notleidende Unternehmen, Löhne unterhalb des Tariflohn-niveaus zu zahlen, hilft zwar dabei, bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Zum Entstehen der dringend benötigten neuen Arbeitsplätze trägt sie jedoch nicht bei.

Leicht verstärkter Preisanstieg

Das Preisklima in Deutschland hat sich in den letzten Monaten leicht eingetrübt. Maßgeblich dafür war vor allem die spürbare Verringerung des Außenwerts der D-Mark, die nicht nur die Importe merklich verteuert hat, sondern es auch den inländischen Produzenten ermöglichte, ihre Abgabepreise in D-Mark etwas heraufzusetzen. Insgesamt ist die Teuerung auf der Produzentenebene jedoch weiterhin niedrig; die gewerblichen Erzeugerpreise waren im Juli lediglich um 1,5 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Inlandsnachfrage nimmt nur moderat zu, und die Lohnstückkosten gehen zurück. Zu der jüngsten Beschleunigung des Preisauftriebs auf der Verbraucherstufe – im August wurde im Vorjahresvergleich mit 2,1 vH erstmals seit Februar 1995 wieder ein Zuwachs von mehr als 2 vH gemessen – hat neben der Verteuerung importierter Güter (z. B. Kraftstoffe) auch die Anhebung administrierter Preise beigetragen; so wurden zur Jahresmitte die Steuersätze für ältere Kraftfahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß und die Rezeptgebühren heraufgesetzt.

Der Anstieg der Konsumentenpreise wird sich in den kommenden Monaten wohl nicht nochmals verstärken. So bleiben die Faktoren, die die geldpolitisch bestimmte Grundtendenz der Preisentwicklung kurzfristig überlagern, insge-

samt günstig. Bei fortgesetzter konjunktureller Belebung und bei nur niedrigen Tariflohnanhebungen werden die Lohnstückkosten auch im weiteren Verlauf dieses Jahres deutlich sinken. Dies wird ein Gegengewicht zur weiteren Verteuerung der Importe darstellen, die aus der von uns erwarteten nochmaligen leichten Abwertung der D-Mark und den steigenden Rohstoffpreisen resultiert. Ferner wird die verhalten zunehmende Binnennachfrage die Preiserhöhungsspielräume bei den nichthandelbaren Gütern in engen Grenzen halten. Zudem deutet die bisherige Geldmengenentwicklung trotz der raschen Ausweitung der Geldmenge M3 im vergangenen Jahr und zu Beginn dieses Jahres bislang nicht auf eine Zunahme des Inflationsdrucks hin. Anders als in den beiden Vorjahren ist freilich durch die Geldmengenentwicklung kein dämpfender Einfluß auf die künftigen Preissteigerungsraten mehr angelegt; die bislang bestehende negative Preislücke ist geschlossen.⁹

Auch im kommenden Jahr ergibt sich von der Kostenseite für die Unternehmen keine Veranlassung, die Preise verstärkt anzuheben. Mit der von uns erwarteten allmählichen Stabilisierung des realen Außenwerts der D-Mark werden die Importpreise deutlich langsamer als in diesem Jahr steigen. Die Lohnstückkosten dürften nochmals leicht sinken. Wenn für 1998 mit reichlich 2 vH gleichwohl ein etwas höherer Zuwachs für den Preisindex der Lebenshaltung als in diesem Jahr (1,8 vH) erwartet wird, ist dies neben der wieder rascher zunehmenden Nachfrage der Haushalte vor allem darauf zurückzuführen, daß für den Beginn des kommenden Jahres eine Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zu erwarten ist. Dabei ist unterstellt, daß die zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 16 Mrd. DM in vollem Umfang für eine Senkung der Beitragssätze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Dies führt bei den Unternehmen zu einer Reduzierung der Arbeitskosten um 8 Mrd. DM. Aus diesem Grund ist zu vermuten, daß die Lebenshaltungskosten durch die Mehrwertsteueranhebung nur in deutlich geringerem Maße erhöht werden, als dies bei vom Umfang her vergleichbaren früheren Mehrwertsteuererhöhungen der Fall war (0,6 vH).

Arbeitsmarkt: Zyklische Besserung, aber keine Trendwende

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland ist saisonbereinigt bis zuletzt spürbar gesunken, die der Arbeitslosen ist seit Jahresbeginn in der Grundtendenz weiter kräftig gestiegen. Dabei war die Zunahme in Ostdeutschland ausgeprägter als in den alten Bundesländern. Maßgeblich hierfür war zum einen, daß in beträchtlichem Umfang Arbeitsbeschaffungs- und Fortbildungsmaßnahmen reduziert wurden, die in den neuen Ländern eine größere Bedeutung haben als in Westdeutschland. Zum anderen hat die Bauwirtschaft im Beitrittsgebiet ein höheres Gewicht; der Rückgang der Beschäftigung war in diesem Sektor besonders ausgeprägt.

⁹ Für eine Beschreibung des Konzepts der Preislücke und ihrer Berechnung vgl. Krämer und Scheide (1994).

Angesichts der anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit wird immer wieder vermutet, der konjunkturelle Aufschwung gehe am Arbeitsmarkt vorbei. Nach unserer Einschätzung führt eine zyklische Belegung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nach wie vor zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes. Diese kann jedoch durch einen Anstieg der trendmäßigen Arbeitslosigkeit überlagert werden. Der nach wie vor enge Zusammenhang zwischen den Schwankungen des Bruttoinlandsprodukts und denen der Arbeitslosigkeit wird deutlich, wenn beide Reihen in derselben Weise trendbereinigt werden (vgl. Schaubild 6).¹⁰ Es muß zudem berücksichtigt werden, daß die Beschäftigung der Produktion erfahrungsgemäß mit einer gewissen Verzögerung folgt. Die Konjunkturbelegung, die im Frühjahr 1996 eingesetzt hat, wird daher ihre vollen Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt erst noch entfalten.

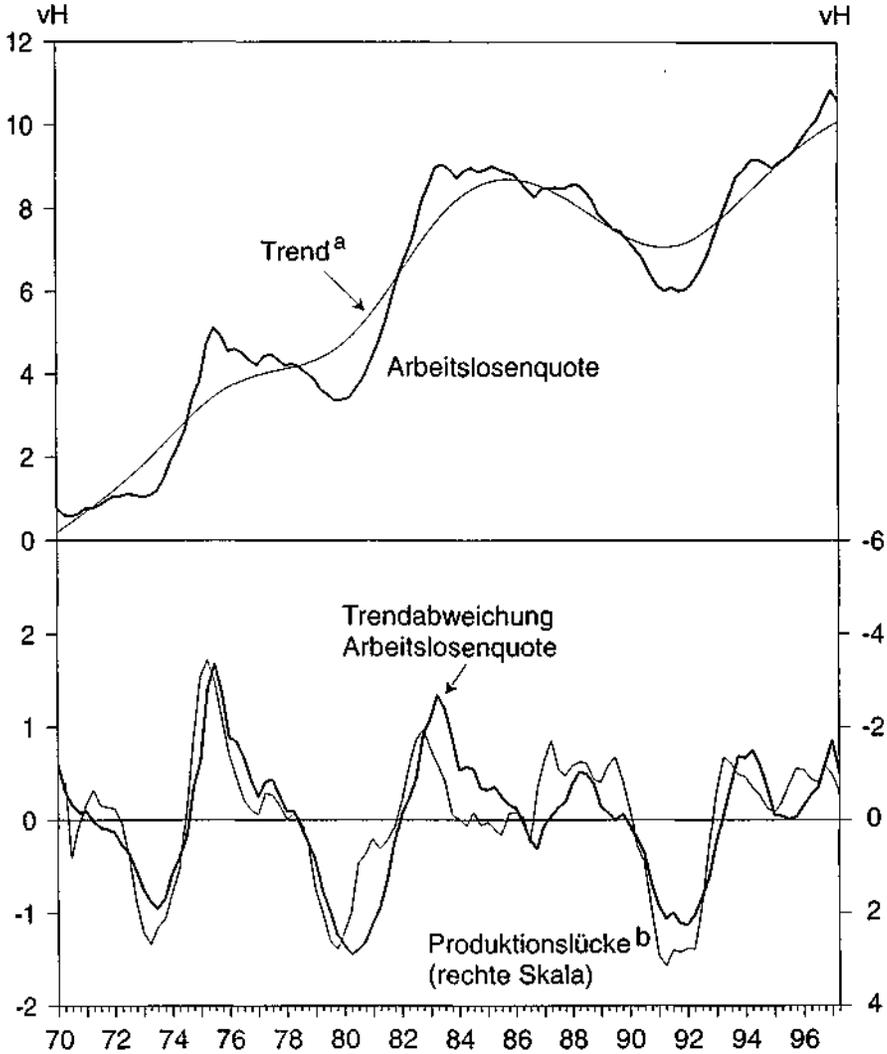
Auf mittlere Sicht ist die konjunkturbereinigte Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität recht konstant. Die Beschäftigungsschwelle, d. h. die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, bei der die Zahl der Beschäftigten wieder zunimmt, beträgt im längerfristigen Durchschnitt etwa 1,8 vH. Allerdings ergeben sich in einzelnen Jahren erhebliche Abweichungen von diesem Wert (Siebert 1995: 65).

Zu der Einschätzung, die konjunkturelle Besserung bewirke am Arbeitsmarkt nichts, trägt wohl bei, daß der Anteil der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit in der Regel weit überschätzt wird. Die vergleichsweise geringe Bedeutung, die die Konjunktur für die Höhe der Arbeitslosigkeit hat, wird deutlich, wenn der Trend der Arbeitslosenquote mit der Höhe der Trendabweichungen verglichen wird. Selbst wenn es gelänge, die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung auf ein ähnlich hohes Niveau wie 1991 zu bringen, wäre nach den Erfahrungen die Arbeitslosenquote nur um etwa 1,5 Prozentpunkte niedriger, das entspräche einer Abnahme der Zahl der Arbeitslosen um lediglich rund 600 000 Personen. Die verwendete Methode der Trendbereinigung ist rein mechanisch; über die Bestimmungsgründe des Trends wird nichts ausgesagt. Gleichwohl liegt die so berechnete trendmäßige Arbeitslosenquote in etwa in der Größenordnung, die sich aus komplexen ökonometrischen Schätzansätzen für die strukturelle Arbeitslosigkeit ergibt. So ermittelt die OECD (1997 b: 6) eine Rate der strukturellen Erwerbslosigkeit für Gesamtdeutschland im Jahr 1996 in Höhe von rund 9,5 vH.

Die Hypothese, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland überwiegend nicht konjunktureller Natur ist, wird immer wieder bestritten, und es wird argumentiert, daß eine expansive Geld- und/oder Fiskalpolitik dem Großteil der Arbeitslosen wieder eine dauerhafte Beschäftigung verschaffen könnte. Gegen diese Einschätzung spricht jedoch eine Reihe von Indizien. So entwickeln sich die Arbeitslosenquoten in Ländern sehr unterschiedlich, deren konjunkturelle Situation eng miteinander verflochten ist. Beispielsweise hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den Niederlanden seit Anfang der achtziger Jahre leicht gebessert, in Deutschland dagegen deutlich verschlechtert. Auch zeigt sich, daß die Veränderung der konjunkturbereinigten Arbeitslosenquoten sehr unterschied-

¹⁰ Wir verwenden dazu einen sogenannten Hodrick/Prescott-Filter (vgl. dazu Tichy 1994: 23 f.).

Schaubild 6 – Produktionslücke und Arbeitslosigkeit in Westdeutschland



^aBerechnet mit Hilfe eines Hodrick/Prescott-Filters. - ^bInvertierte Skala. Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Trend (berechnet mit Hilfe eines Hodrick/Prescott-Filters), gleitender Drei-Quartals-Durchschnitt.

lich ist (OECD 1997b: 6; Gern et al. 1997). Im Vereinigten Königreich und in Irland hat sie sich beispielsweise deutlich vermindert, in Frankreich und Deutschland dagegen in der Tendenz zugenommen.

Ein Indiz für eine zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit ist auch der trendmäßig steigende Anteil von Langzeitarbeitslosen. Wäre die Ursache der Arbeitslosigkeit vorwiegend konjunktureller Natur, so dürfte die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit nicht zunehmen. Weiter zeigt sich, daß die Arbeitslosigkeit von einem konjunkturellen Höhepunkt zum nächsten steigt; die kapazitätsbereinigte Arbeitslosenquote nimmt seit Beginn der siebziger Jahre nahezu kontinuierlich zu (Franz und Gordon 1993). Ähnliche stufenartige Erhöhungen der Arbeitslosigkeit finden sich z. B. in den Vereinigten Staaten und in Japan nicht.

Es ist unstrittig, daß zwischen Trend und Zyklus der Arbeitslosigkeit enge Wechselwirkungen bestehen. So können beispielsweise Menschen, die aus konjunkturellen Gründen ihre Beschäftigung verloren haben, nach länger andauernder Erwerbslosigkeit in den Augen der Arbeitgeber wichtige Qualifikationsmerkmale eingebüßt haben und so dauerhaft schwer vermittelbar werden. Dennoch herrscht weitgehende Übereinstimmung, daß eine wirtschaftspolitische Strategie zur Senkung der Arbeitslosigkeit bei der Veränderung des Trends der Arbeitslosigkeit ansetzen muß. Eine konjunkturell expansive Politik hilft zwar, die Arbeitslosigkeit kurzfristig unter den Trend zu senken, eine dauerhafte Wirkung ergibt sich jedoch nicht. Dies wird durch die Entwicklung nach der deutschen Einheit belegt: Der Nachfrageschub, der zu einer außergewöhnlich günstigen konjunkturellen Situation führte, senkte die westdeutsche Arbeitslosigkeit nur vorübergehend.

Auch ein nachhaltig höheres Wirtschaftswachstum – also ein schneller wachsendes Produktionspotential – muß nicht zwangsläufig zu einer höheren Beschäftigung führen. Umgekehrt kann auch bei einem sehr niedrigen Wachstum die Beschäftigung ausgeweitet werden. Maßgeblich hierfür sind die relativen Faktorpreise. Wird der Preis für Arbeit über das Maß, das durch ihre Knappheit angelegt ist, hinaus gesteigert, wird dieser Produktionsfaktor zunehmend durch Kapital ersetzt. Zudem werden Anreize für arbeitssparenden technischen Fortschritt gesetzt. Insgesamt verläuft der Wachstumsprozeß dann kapitalintensiver und mit geringeren Beschäftigungsgewinnen als bei Preisrelationen, die den Knappheiten entsprechen. Ein Teil der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft bleibt dauerhaft ungenutzt. Der langfristig negative Zusammenhang von Realöhnen und Beschäftigung ist durch eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen belegt. Maßnahmen, die ergriffen werden, um kurzfristig die Beschäftigung zu erhöhen, dürfen nicht mittelfristig zu einem Anreiz führen, durch Faktorsubstitution die Beschäftigung zu reduzieren. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn die Löhne erhöht wurden in der Absicht, mehr Nachfrage zu schaffen.

Der Prognose der Arbeitsmarktentwicklung liegt die Einschätzung zugrunde, daß die Tarifvertragsparteien für Westdeutschland eine Reihe von Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, einen erneuten markanten Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit zu verhindern. So ist der absehbare Tariflohanstieg etwas gerin-

ger, als dies den Erfahrungen in früheren Phasen mit vergleichbarer konjunktureller Entwicklung entspricht. Auch sind mit einigen Öffnungsklauseln und Einsteigertarifen erste – wenn auch zögernde – Schritte hin zu mehr Lohnflexibilität und -differenzierung getan worden. Bei der hier unterstellten „kleinen“ Steuerreform wird die Differenz zwischen Produzenten- und Konsumentenlohn nicht weiter zunehmen. Alles in allem reichen die Änderungen aber nicht aus, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken.

Nach unserer Einschätzung wird die konjunkturelle Entwicklung 1998 zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen um knapp 100 000 niedriger sein als in diesem Jahr. Am Ende des Jahres 1998 wird die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt auf etwa 4,15 Millionen gesunken sein. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird im nächsten Jahr um etwa 0,5 vH höher liegen als in diesem Jahr. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit wird in Westdeutschland deutlicher ausfallen als in den neuen Bundesländern, wo der Abschwung am Arbeitsmarkt durch die anhaltend ungünstige Entwicklung im Baubereich gebremst wird.

Summary

Federal Republic of Germany: Export Boom Fosters Growth

The cyclical upswing in Germany has gained momentum in the course of the first half of 1997. In the second quarter real GDP increased at an annual rate of 4 percent, after 1 percent in the first quarter. However, despite the recovery the situation on the labor market has not yet improved. The number of employees continued to decline, although at a slower rate, and unemployment rose. Inflation accelerated in the middle of the year, consumer prices in August were 2.1 percent higher than a year ago. The recovery has remained to be export led, domestic demand hardly contributed to growth. The export boom is mainly due to the strengthening of economic activity in Germany's main trading partner countries. Moreover, the significant devaluation of the D-Mark has markedly improved the competitiveness of German exporters.

Due to increasing demand from abroad, capacity utilization in the manufacturing sector rose noticeably. The recent order inflow suggests that this development is likely to continue; in the last months orders from abroad continued to expand rapidly and also domestic orders picked up perceptibly. With a broadening of the recovery capacity utilization in the manufacturing sector will further increase in the course of next year and reach a level similar to the one recorded in 1989, the year before the unification boom.

Rapid Increase of Capacity Utilization – A Risk for the Upswing?

In the past high capacity utilization in the manufacturing sector often coincided with a marked increase in inflation. As a consequence the Bundesbank usually raised its interest rates significantly and economic expansion slowed down.

However, as the recent development in the United States shows high capacity utilization need not necessarily lead to an acceleration of inflation.

In order to keep inflation low, the present moderate stance of wage policy should be continued. Moreover, the Bundesbank will have to shift monetary policy from its current expansionary course towards a more neutral stance, this is likely to require an increase in interest rates in the course of 1998. Finally, a substantial reform of the tax system, leading to lower tax rates and a broader tax base, is necessary. The uncertainty about the future tax reform is a major impediment to the widening of capacities.

Underlying Conditions Remain Favorable

We expect the Bundesbank to keep its key interest rates unchanged in the course of this year. Despite the recent acceleration inflation is still close to 2 percent, the rate which according to the Bundesbank is tolerable in the medium term. The present devaluation of the D-Mark is mainly a correction of the prior overvaluation of the D-Mark. Besides, the Bundesbank still regards the cyclical upswing to be vulnerable.

In the course of the next year, however, the upswing will broaden, employment will increase and monetary expansion will accelerate. We, therefore, expect the Bundesbank to raise interest rates by about 0.25 percent at the beginning of next year. Ambitions of the Bundesbank to further raise interest rates are likely to fail due to the opposition of the other member countries of EMU. As soon as the member countries of EMU are designated and the exchange rates are fixed, the Bundesbank virtually will be no longer able to pursue an autonomous monetary policy.

In the first half of 1997, hourly wages in West Germany increased by about 1.4 percent on a year over year basis, in East Germany the respective rate was 3.5 percent. Next year, the wage increases will accelerate only slightly, although capacity utilization will be markedly higher and unemployment will decline. With output continuing to expand rapidly, unit labor costs will therefore further decline in 1998.

This year, fiscal policy is strongly aiming to fulfill the Maastricht criteria. For that purpose taxes and other duties have been raised and expenditures have been cut. Therefore, fiscal policy will dampen economic activity. Recent data suggest that the fiscal deficit in relation to GDP will be close to the 3-percent-target. Next year's fiscal policy measures are difficult to predict. We expect the solidarity surcharge to be cut by about 2 percentage points and the tax free subsistence level to be raised. This will lead to an income tax relief of about DM 9 billion. Moreover, we expect an increase in the value added tax rate by 1 percentage point (DM 16 billion) in order to compensate for a reduction of social security contributions. All in all, fiscal policy will be neutral with respect to economic activity next year.

Outlook: Upswing Broadens

To sum up, the conditions are favorable that the cyclical recovery will continue. Throughout 1998 output growth is likely to remain somewhat higher than the growth of the production potential (2.2 percent). While this year the recovery was mainly export driven, domestic demand will gain momentum and significantly contribute to growth next year. Tax cuts and an improvement in the labor market will then lead to a stronger increase in private consumption. In line with rapidly rising profits corporate investment will continue to expand rapidly. Real GDP will increase by about 3 percent in 1998, after an increase by 2.5 percent in 1997. In both years output growth in East Germany will be somewhat lower than in West Germany as the slump in construction investment is more pronounced there. Inflation is likely to accelerate slightly from 1.8 percent this year to 2.1 percent next year; this is mainly due to the expected hike in the VAT rates. The improvement in the labor market will be moderate; the number of unemployed is likely to decline by about 250 000 persons until the end of next year.

Literaturverzeichnis

- Blanchard, O., und L. Katz (1997). What We Know and not Know about the Natural Rate of Unemployment. *Journal of Economic Perspectives* 11 (1): 51–72.
- Deutsche Bundesbank (1997 a). Überprüfung des Geldmengenziels. *Monatsberichte* 49 (8): 17–32.
- (1997 b). Neuere Entwicklung der Steuereinnahmen. *Monatsberichte* 49 (8): 83–103.
- (1997 c). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) (1996). *Wirtschaftslage und Erwartungen – Herbst 1996*. Bonn.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1997). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Sechzehnter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 302/303. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Döpke, J., und M. Fischer (1994). Was bestimmt die westdeutschen Exporte? *Die Weltwirtschaft* (1): 54–66.
- Fischer, M. (1996). Die Preisbildung im westdeutschen Außenhandel – eine empirische Analyse. Kieler Arbeitspapiere 782. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Franz, W., und R. J. Gordon (1993). German and American Wage and Price Dynamics. *European Economic Review* 37 (4): 719–762.
- Krämer, J. W., und J. Scheide (1994). Geldpolitik: Zurück zur Potentialorientierung. Kieler Diskussionsbeiträge 235. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Lapp, S., J. Scheide und R. Solveen (1995). Determinants of Exports in the G-7 Countries. Kieler Arbeitspapiere 707. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- OECD (1997 a). *Implementing the OECD Jobs Strategy: Member Countries Experience*. Paris.
- (1997 b). *Employment Outlook*. Paris.
- Schmidt, R. (1994). *Tariflohnbestimmung im IfW-Modell für Westdeutschland 1966–1993*. Kieler Studien 266. Tübingen.

- Siebert, H. (1995). *Geht den Deutschen die Arbeit aus? Wege zu mehr Beschäftigung*. München.
- (1997). Labor Market Rigidities: At the Root of Unemployment in Europe. *Journal of Economic Perspectives* 11 (3).
- Statistisches Bundesamt (1997 a). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1997. *Wirtschaft und Statistik* (9).
- (1997 b). Bauzustand, Bauweise und Leerstand von Gebäuden und Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. *Wirtschaft und Statistik* (6): 380–385.
- Tichy, G. (1994). *Konjunktur. Stilisierte Fakten, Theorie, Prognose*. Berlin.